



# Bundestags- brief

Nr.226 • Die Woche im Bundestag • 18.05.2018



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika  
Grütters MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

## Haushaltswoche - Kulturfinanzierung des Bundes soll signifikant gesteigert werden

Diese Sitzungswoche stand im Zeichen der Debatte über den Bundeshaushalt. Selten fand die Haushaltswoche so spät statt, wie in diesem Jahr. Dass erst im Mai 2018 über den Bundeshaushalt für das laufende Jahr diskutiert wird, liegt an der lang andauernden Phase der Regierungsbildung nach der Bundestagswahl.

Laut Artikel 110 des Grundgesetzes verfügt der Deutsche Bundestag über das Budgetrecht. Er legt den Haushaltsplan fest, in dem sämtliche Ausgaben des Bundes offengelegt werden müssen. In den Haushaltsdebatten werden die Etats der einzelnen Ressorts daher ausführlich diskutiert. Diese Haushaltsdebatte ist immer Anlass für große politische Grundsatzdiskussionen.

Erstellt wird der Haushaltsplan vom Bundesministerium der Finanzen. Die Bundesregierung berät und beschließt ihn. Der Kabinetentwurf, um den es diese Woche ging, enthält den Haushalt 2018, die mittelfristige Finanzplanung bis 2022 sowie die Eckwerte für 2019. Durch die Fortsetzung der soliden Haushaltspolitik wird die gesamtstaatliche Schuldenquote 2019 erstmals seit 2002 unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts fallen.

Der Einzelplan 04 beinhaltet den Haushalt der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes, damit auch den Kulturhaushalt. Die Debatte dieses Einzelplans, der gegenüber den Ist-Ausgaben von 2017 um 196 Mio. Euro auf 2,92 Mrd. Euro angehoben wurde, wird traditionell als politische Generaldebatte geführt und reicht damit weit über die Haushaltspolitik hinaus.

Rund die Hälfte der geplanten Ausgaben des Einzelplans 04 sind für die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien eingeplant - 1,5 Milliarden Euro, von denen 1,19

Milliarden Euro Zuweisungen und Zuschüsse sind. Ich bin sehr zufrieden mit dem Entwurf zum Kultur- und Medienhaushalt 2018, denn erneut konnte die Kulturfinanzierung des Bundes signifikant gesteigert werden - zum Wohle zahlreicher kultureller Einrichtungen und Projekte im ganzen Land.

Wie wichtig es wieder geworden ist, demokratische Errungenschaften wie Kunstfreiheit, Pressefreiheit und Meinungsfreiheit aktiv zu verteidigen, müssen wir täglich erleben. Immerhin darf Hajo Seppelt jetzt doch nach Russland einreisen. Aber wenn wir auf den dortigen Theatermacher Serebrennikow schauen, der nicht zum Theatertreffen kommen konnte, und wenn wir auch hierzulande mit Vorwürfen wie „Lügenpresse“ konfrontiert werden, wird klar, wie wichtig und notwendig auch hier bei uns wirksame Programme sind, die die Bürger, vor allem auch junge Menschen, für den Wert der Freiheit sensibilisieren.

Wie bereits im März in der Generaldebatte im Deutschen Bundestag angekündigt, ist es mein Ziel, in dieser Legislaturperiode die Aufarbeitung von und den Umgang mit Beständen aus kolonialen Kontexten in Sammlungen und Museen voranzubringen. Deshalb stocke ich mit meinem Haushalt 2018 die Mittel für Provenienzforschung ein weiteres Mal auf, um mehr als eine halbe Million Euro gegenüber dem ersten Regierungsentwurf.

Die Steigerung des Kulturetats ist vor allem Ausdruck der Wertschätzung für Kultur und Medien in ihrer Bedeutung für eine offene demokratische Gesellschaft, für Verständnis und Verständigung, für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Integration.

Herzlich, Ihre Monika Grütters

## **Religionsfreiheit achten, Gewalt gegen Christen beenden**

Bombenattentate auf drei christliche Kirchen in der indonesischen Stadt Surabaya, die durch eine Familie mit noch jungen Kindern ausgeführt wurde, haben mindestens 13 Todesopfer und zahlreiche Verletzte gefordert. Diese wahnsinnigen Taten lenken ein Schlaglicht auf die Gefahr, die von einem religiös motivierten Extremismus ausgeht, der die Religionsfreiheit nicht anerkennt. Sie mahnen uns, uns noch stärker für dieses Menschenrecht und für das friedliche Zusammenleben der Religionen einzusetzen.

Es ist nicht eine Religion, die Angehörige der eigenen oder einer anderen Religion tötet, sondern es sind Extremisten, die die Würde ihres Gegenübers nicht achten. Religionsführer auf aller Welt sind aufgerufen, solche Extremisten klar und deutlich zu verurteilen.

## **Gemeinsame Klausur der Geschäftsführenden Fraktionsvorstände**

Auf der Zugspitze und in Murnau haben die Geschäftsführenden Vorstände der Regierungsfractionen bei ihrer ersten Klausurtagung Impulse für die Arbeit der Koalition gesetzt. Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland erwarten zu Recht, dass wir uns um die großen und zukunftsweisenden Fragen, aber auch um ihre konkreten Sorgen kümmern. In diesem Sinne sind unsere Beschlüsse zu verstehen.

Im Mittelpunkt unserer Entscheidungen steht die Wohnrauminitiative, die das Baukindergeld, die Sonder-Abschreibung für Mietwohnungsneubau und Änderungen im Mietrecht umfasst. Den Eigentumserwerb für junge Familien fördern wir, indem wir rückwirkend zum 1. Januar 2018 das Baukindergeld für den Neubau oder den Erwerb einer selbst genutzten Bestandsimmobilie einführen. Pro Kind und Jahr erhält nun jede Familie 1.200 Euro für einen Zeitraum von zehn Jahren. Für eine Familie mit zwei Kindern ergibt sich damit über zehn Jahre ein Betrag von 24.000 Euro. Recht auf das Baukindergeld hat jede Familie, die in Deutschland zum ersten Mal eine Immobilie neu baut oder erwirbt. Das zu versteuernde Jahreseinkommen darf dabei 90.000 Euro bei einer Familie mit einem Kind nicht übersteigen.

Pro weiteres Kind erhöht sich dieser Betrag um 15.000 Euro. Anträge sollen ab August 2018 bei der KfW gestellt werden können. Weitere Bestandteile der Wohnrauminitiative sind Verbesserungen und Klarstellungen bei der Mietpreisbremse und sowie steuerliche Anreize für den Neubau von Wohnungen im bezahlbaren Mietsegment.

## **Europäische Union wichtigster Handelsmarkt**

Im vergangenen Jahr exportierte Deutschland Waren im Wert von knapp 750 Mrd. Euro in andere EU-Mitgliedstaaten. Dies entspricht rund 59 Prozent der gesamten deutschen Exporte. Die Importe aus der Europäischen Union beliefen sich im Gegenzug auf 591 Mrd. Euro und damit auf 57 Prozent aller Einfuhren. Sowohl bei den Importen als auch den Exporten fanden sich unter den zehn wichtigsten Handelspartnern Deutschlands 2017 jeweils sieben EU-Länder. Die EU bleibt damit Deutschlands wichtigster Handelsmarkt. Frankreich war 2017 das wichtigste Exportland innerhalb der EU, die meisten EU-Importe stammten wiederum aus den Niederlanden. Zu den wichtigsten deutschen Exportgütern in die EU zählten Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile im Wert von 126,2 Mrd. Euro, gefolgt von Maschinen mit etwa 90 Mrd. Euro. Importiert wurden aus der EU hauptsächlich ebenfalls Kraftfahrzeuge sowie chemische Erzeugnisse.

*(Quelle: Statistisches Bundesamt)*

## **Fortschritte beim Breitbandausbau**

Ungeachtet der häufig geäußerten Kritik am Breitbandausbau geben viele Internetnutzer in einer Verbraucherumfrage des Digitalverbandes Bitkom an, Fortschritte im Ausbau der deutschen Breitbandnetze zu sehen. Zwei Drittel der befragten Haushalte bestätigen, dass sich die Verfügbarkeit von schnellem Internet über die letzten fünf Jahre verbessert habe. Gleichzeitig fordern 91 Prozent, dem Breitbandausbau oberste Priorität einzuräumen. Die Bereitschaft zu höheren Ausgaben für mehr Bandbreite ist jedoch eher gering. So lehnen vier von zehn Haushalten ab, für schnelles Internet mehr zu bezahlen als bisher. Den restlichen Befragten wäre ein Gigabitanschluss im Schnitt zusätzlich 14 Euro pro Monat wert. Momentan betragen die monatlichen Ausgaben für Internet, in der Regel einschließlich Telefonie, 34 Euro.

*(Quelle: Bitkom)*